

**IZT**

**Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung**  
Institute for Futures Studies and Technology Assessment

**Perspektiven für ein nachhaltiges Re-  
gierungsprogramm in Deutschland**

Rolf Kreibich

**ArbeitsBericht Nr. 21/2006**

Das Manuskript basiert auf einem Beitrag für die Zeitschrift „politische ökologie“ zum Thema „Zukunft wachküssen – Leitlinien für ein nachhaltiges Regierungsprogramm“

Berlin, Januar 2006

# Inhaltsverzeichnis

1	Im Spannungsfeld von Zukunftsvisionen und Alltagshandeln.....	3
2	Megatrends .....	4
3	Kernprobleme des globalen Wandels.....	7
4	Literatur .....	14

## 1 Im Spannungsfeld von Zukunftsvisionen und Alltagshandeln

Der Krebschaden realer Regierungsprogramme – vor allem in Deutschland – liegt darin begründet, daß sie keine Zukunftsvisionen haben, sondern ausschließlich von Alltagsdrücken und vom Alltagshandeln geprägt sind. So kann sich kein Spannungs- und Motivationsfeld für langfristige Zukunftsperspektiven und nachhaltiges Zukunftshandeln aufbauen. Die politischen Entscheidungen und die Wirtschafts- und Beschäftigungskonzepte der realen Regierungsprogramme sind deshalb primär durch Kurzfristigkeit und Kurzatmigkeit gekennzeichnet.

Regierungsprogramme sind in der Regel auf maximal eine Legislaturperiode angelegt. Die Handlungshorizonte verkürzen sich im allgemeinen noch dadurch, daß in einer ersten Phase nach den Wahlen viel Leerlauf durch in der Regel langwierige Koalitionsverhandlungen zu verzeichnen ist. Im letzten Jahre einer Legislaturperiode sind es die nahenden Wahlkampfwehen und der Wahlkampf selbst, die proaktives Regierungshandeln weitgehend lahmlegen. Also verbleiben Handlungsspielräume von maximal 3 bis 4 Jahren. Wirtschaftliche Strategien der Unternehmen und beschäftigungspolitische Perspektiven sind ebenfalls auf kurzfristige Gewinnmaximierung sowie Shareholder-Value und immer kürzer werdende Innovationszyklen der Produkte und Dienstleistungen (maximal 2 bis 5 Jahre) ausgerichtet. Letzteres konnten wir in einer empirischen Studie repräsentativ für alle kleinen, mittleren und großen Unternehmen in Deutschland feststellen (Kreibich 2002). Es gibt nur wenige Ausnahmen bei deutschen Unternehmen, die allerdings durchweg erfolgreich waren und ihre längerfristige Zukunftsfähigkeit weitaus besser gesichert haben.

Die Situation ist insofern besonders grotesk, als zahlreiche Politiker und Wirtschaftslenker im Prinzip wissen oder zumindest wissen könnten, daß ihre Programme und Strategien nur das Durchwursteln durch ein Geflecht von Partialinteressen und weit verbreitete Inkompetenz von Meinungsmachern mächtiger Verbände, Institutionen und Medien widerspiegeln. Wie sonst könnte es sein, daß zwar die meisten politischen Programmplaner und Entscheider davon schwadronieren, daß unsere Welt von der Globalisierung und Digitalisierung, der Ökonomisierung und Individualisierung geprägt ist, daß sie aber in ihren realen Programmen und Handlungen darauf keine Antworten geben. So sind heute zwar die Begriffe Wissenschafts- und Wissensgesellschaft in aller Munde, die konkreten Umsetzungskonzepte für viele sind jedoch weit vom wissenschaftlichen Erkenntnisstand entfernt. So wird schon das üppig vorhandene wissenschaftliche Wissen über die Vergangenheit und die Gegenwart nur bruchstückhaft ausgeschöpft und vielfach auch sehr einseitig und vorurteilsbelastet verwendet. Noch viel krasser ist es mit der Nutzung des wissenschaftlichen Zukunftswissens. Auch wenn die Zukunftsforschung sich der prinzipiellen Unsicherheit von Zukunftswissen bewußt ist, so verfügen

wir heute gleichwohl über solide und belastbare Wissensbestände sowohl hinsichtlich möglicher als auch wahrscheinlicher und wünschbarer Zukünfte und ihrer Grundlagen in Vergangenheit und Gegenwart. Die Negierung dieses wissenschaftlichen Wissens bei der Zukunftsgestaltung führt jedenfalls mit hoher Wahrscheinlichkeit zu fatalen Folgen, die Selbstzerstörung der Menschheit eingeschlossen.

## 2 Megatrends

Vor dem Hintergrund einer notwendigen globalen Betrachtung und langfristigen Orientierung bei der Lösung aktueller und zukünftiger Herausforderungen haben wir am IZT Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung Berlin grundlegende Zukunftstrends auf ihre Relevanz für zukünftige Entwicklungen untersucht und bewertet. Aus einer Gesamtzahl von 50 Zukunftstrends, die durch Auswertung nationaler und internationaler Zukunftsstudien selektiert wurden, konnten sodann in drei Zukunftswerkstätten die wichtigsten Basistrends ermittelt werden. Die Zukunftswerkstätten waren jeweils mit Experten aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur und Vertretern der Zivilgesellschaft sowie gesellschaftlich relevanter Organisationen und Institutionen besetzt.

Wir sprechen von Basis- oder Megatrends der gesellschaftlichen Entwicklung, wenn mindestens drei Kriterien erfüllt sind:

Der Trend muß *fundamental* in dem Sinne sein, daß er starke bis grundlegende Veränderungen im Bereich der menschlichen Sozialentwicklung und/oder des natürlichen Umfelds bewirkt.

Der Trend muß mindestens *mittelfristig* (ca. 5 bis 20 Jahre) oder *langfristig* (über 20 Jahre) starke Wirkungen und Folgen auslösen.

Mit dem Trend müssen starke *globale* Wirkungen und Folgen für Gesellschaft und Natur (Biosphäre) verbunden sein.

Hieraus ergab sich die nachfolgende Rangfolge der 10 wichtigsten Basistrends (Megatrends):

- Wissenschaftliche und technologische Innovationen
- Belastungen von Umwelt und Biosphäre/Raubbau an den Naturressourcen
- Bevölkerungsentwicklung und demografischer Wandel
- Wandel der Industriegesellschaft zur Dienstleistungs- und Informations- bzw. Wissenschaftsgesellschaft (Tertiarisierung und Quartarisierung der Wirtschaftsstrukturen)
- Globalisierung von Wirtschaft, Beschäftigung, Finanzsystem und Mobilität

- Technologische, ökonomische und soziale Disparitäten zwischen Erster und Dritter Welt sowie Extremismus und Terrorismus
- Individualisierung der Lebens- und Arbeitswelt
- Erhöhung der Personen- und Güterströme weltweit
- Verringerung der Lebensqualität (nach UN- und Weltbank-Indizes)
- Spaltung der Gesellschaften durch ungleiche Bildung, Qualifikation und Massenarbeitslosigkeit.

Welche extremen Folgen allein mit den ersten beiden Megatrends verbunden sind, sollen die nachfolgenden Zahlen nur andeuten:

*Abbildung 1*

<b>Zum Basistrend:    Wissenschaftliche und technische Innovationen</b>	
<b>In 100 Jahren</b>	
<b><i>Wohlstandsmehrung</i></b>	
Nettoeinkommen	3000%
Produktivität in der Landwirtschaft	3500%
Produktivität im Produktionsbereich	3500%
Produktivität im Dienstleistungsbereich	3000%
Materieller Lebensstandard	3000%
<b><i>Lebenszeit</i></b>	
Verlängerung um 37,5 Jahre (Verdopplung)	
<b><i>Mobilität</i></b>	
Geschwindigkeit und Distanzüberwindung: Faktor 100	

Quellen: IZT und IAB 2004

Abbildung 2

**Zum Basistrend: Belastungen der Umwelt und der Biosphäre  
Raubbau an Naturressourcen**

*Tagesbilanz – Industriegesellschaften weltweit*

Jeden Tag:

60.000 000 Tonnen CO<sub>2</sub> in die Atmosphäre

Vernichtung von 55.000 Hektar Tropenwald

Abnahme von 20.000 Hektar Ackerland

Vernichtung von ca. 100 bis 200 Tier- und Pflanzenarten

Entfischung der Meere mit 220.000 Tonnen

Quellen: OECD 2001, UBA 2002

Die auf der Schattenseite des technisch-industriellen Fortschritts meßbaren Belastungspotentiale lassen keinen anderen Schluß zu, als daß wir bei einem Fortschreiten auf dem Pfad der gigantischen Energie-, Rohstoff- und vor allem der Schadstoffströme in weniger als 80 Jahren unsere natürlichen Lebens- und Produktionsgrundlagen zerstört haben werden.

Abbildung 3

**Zu den Basistrends: Belastungen von Umwelt und Biosphäre  
Verringerung der Lebensqualität**

*Millenniumsbericht der UN*

Zentrales Problem des 21. Jahrhunderts:

2,4 Milliarden Menschen haben kein sauberes Trinkwasser

(vor allem in Asien, Afrika und Lateinamerika)

Abbildung 4

**Zu den Basistrends: Disparitäten zwischen Erster und Dritter Welt  
Spaltung der Gesellschaften und Massenarbeitslosigkeit**

*Jahresbericht der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) vom Dezember 2004:*

50% aller Beschäftigten in der Welt leben unterhalb der UN-Armutsgrenze von 1,50 €  
pro Tag

550 Mio Arbeitnehmer leben mit weniger als 1\$ pro Tag

186 Mio arbeitsbereite Menschen waren 2003 arbeitslos

### 3 Kernprobleme des globalen Wandels

Unsere heutigen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Herausforderungen resultieren hauptsächlich aus den Kernproblemen des globalen Wandels in der Biosphäre, einschließlich derjenigen, die das soziale Zusammenleben auf dem begrenzten Globus in den kommenden Jahrzehnten prägen werden. Ohne besondere Gewichtung handelt es sich um folgende Problembereiche:

- Klimawandel
- Verlust biologischer Vielfalt
- Süßwasserverknappung und –verseuchung
- Verschmutzung der Weltmeere und der Anthroposphäre
- Bodendegradation und Wüstenbildung
- Gesundheitsgefährdungen durch globale Seuchen und Zivilisationskrankheiten
- Gefährdung der Ernährungssicherheit
- Wachsende globale Entwicklungsdisparitäten
- Zunahme der grenzüberschreitenden Migration
- Ausbreitung nicht-nachhaltiger Lebensstile.

Vor dem Hintergrund der alle Lebensbereiche tief durchdringenden und prägenden Megatrends und der Kernprobleme des globalen Wandels klafft eine riesige Lücke zwischen Regierungs- und Parteiprogrammen und den verbalen Verlautbarungen der Politiker hinsichtlich der Bedeutung von Globalisierung und Nachhaltigkeit und den realen Handlungs- und Lösungsansätzen sowie tatsächlichen politischen Entscheidungen und ökonomischen Konzepten. Besonders kraß fallen diese Diskrepanzen in den Regierungsprogrammen aus: In Deutschland haben weder das Programm der Rot-Grünen-Bundesregierung noch der neue Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD vom 11.11.2005 (CDU u.a. 2005) die Leitziele der nachhaltigen Entwicklung, auf die sich zwar alle Parteien verpflichtet haben, operational umgesetzt. Betrachtet man zudem die Wahlprogramme der Parteien, dann ist ohnehin zweifelhaft, ob selbst die Leitperspektiven einer nachhaltigen Regierungspolitik mit ihrem grundlegenden Politikwechsel und ihrer integrativen Gesamtheit tatsächlich angestrebt werden. Denn bei der Nachhaltigen Entwicklung geht es um eine Optimierung und Operationalisierung mindestens der folgenden vier Leitziele:

- Sicherung von wirtschaftlicher Entwicklung und Beschäftigung
- Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen und Schonung der Naturressourcen
- Sicherung von sozialer Gerechtigkeit und Chancengleichheit

- Erhaltung und Förderung einer differenzierten Kultur.

Diese Leitperspektiven müßten gemäß den eingegangenen Verpflichtungen der Bundesregierung, des Bundestags, der Ministerpräsidenten der Bundesländer und der Länderparlamente auf die Agenda 21 der Vereinten Nationen – also auf das Handlungsprogramm der UN-Konferenz von Rio de Janeiro (1992) für das 21. Jahrhundert – für alle Regierungsprogramme verpflichtend sein.

Wie aber sieht die Realität aus: Die Agenda 2010 der Rot-Grünen-Bundesregierung war der Versuch, die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte, eine flexiblere Gestaltung des Arbeitsmarktes, die Senkung der Lohnnebenkosten, die Verringerung der Kosten im Gesundheitswesen und der Sozialsysteme zu erreichen und die starren Beschäftigungsverhältnisse zu lockern. Abgesehen davon, daß vieles davon nicht erreicht und besonders Hartz IV zu einem großen Flop wurde, war die Agenda 2010 des Bundeskanzlers schon in der Anlage kein Regierungsprogramm mit einer nachhaltigen Ziel- und Richtungsbestimmung zur langfristigen Sicherung von Zukunftsfähigkeit. Hierfür wäre die Mindestvoraussetzung gewesen, daß plausible Konzepte zur Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen durch eine neue Energie-, Klima- und Mobilitäts- bzw. Verkehrspolitik, eine rohstoffersparende Wirtschaftspolitik und zur Schaffung zukunftsträchtiger Arbeitsplätze und Förderung der Lebensqualität vorgelegt worden wären. Die Agenda 2010 zeichnete sich zudem durch eine fatale Unsymmetrie hinsichtlich der zukünftigen Pflichten und Leistungen der sozial Schwachen und Starken in der Gesellschaft aus. In Deutschland haben die meisten Unternehmen in den letzten Jahren satte Gewinne gemacht und die Manager-Kaste sowie die Aktionäre haben weiterhin enorm abkassiert. In Deutschland ist auch viel liquides Kapital vorhanden, nur in den Händen jener, die es nicht ausgeben können oder wollen. So vermutet man, daß allein die vier großen Energieversorger eon, RWE, Vattenfall und EnBW mindestens ein liquides Kapital von 140Mrd. Euro gehortet haben, das sie aufgrund ihrer Monopolmacht und ungerechtfertigter Energiepreiserhöhungen (allein in den letzten 3 Jahren 74%) angesammelt haben.

Die Schwäche der Agenda 2010 als Regierungsprogramm ist paradigmatisch, weil nicht einmal die von der Bundesregierung und den Regierungsfractionen selbst propagierten Zukunftsperspektiven aufgegriffen wurden: So enthielt zwar der *Koalitionsvertrag zwischen SPD und Bündnis 90/Die Grünen* wichtige Ansatzpunkte zur Nachhaltigkeitspolitik auf den Gebieten Wirtschaft, Forschung, Bildung, Stadtentwicklung, Mobilität und Verkehr sowie Ernährung, Gesundheit und Entwicklungszusammenarbeit, die im Interesse einer innovativen Wirtschafts- und arbeitsplatzschaffenden Beschäftigungspolitik hätten umgesetzt werden müssen. Im Koalitionsvertrag wurde auch das Leitbild der Nachhaltigen Entwicklung als Orientierungsrahmen für die rot-grüne Bundesregierung ausdrücklich festgeschrieben. Die politischen Aktionsprogramme, insbesondere auch die Agenda 2010, enthielten davon in der Regel recht wenig. Die reale Umsetzung blieb dann noch weit hinter den Programmen zurück.

Das Frappierende ist nur, daß es eine Reihe relevanter Konzepte zur Nachhaltigkeit gab, die von der Regierung oder den Regierungsparteien selbst initiiert wurden. So hat der von der Bundesregierung eingesetzte ‚Rat für Nachhaltige Entwicklung‘ wichtige Grundlagen für eine zukunftsorientierte Innovations- und Beschäftigungspolitik erarbeitet. In seinem Strategiekonzept *„Ziele zur Nachhaltigen Entwicklung in Deutschland“* (RNE 2003) hat er für die Handlungsbereiche Nachhaltigkeit, Kultur und soziales Lernen, Energie und Klimaschutz, Landwirtschaft, Umwelt, Ernährung und Gesundheit, Mobilität und Verkehr sowie Nachhaltige Siedlungsentwicklung konkrete Konzepte und Maßnahmenbündel für eine nachhaltige Regierungspolitik vorgeschlagen.

Schließlich hat die *Bundesregierung* selbst die *„Nationale Nachhaltigkeitsstrategie - Perspektiven für Deutschland“* (Bundesregierung 2002) erarbeitet und als Grundlage ihrer Politik verkündet. In den *„Perspektiven für Deutschland“* werden detaillierte Schritte und Maßnahmen dargelegt, wie Deutschland ökonomisch, sozial und ökologisch zu erneuern und zukunftsfähig zu machen ist. Unter der Überschrift *„Generationengerechtigkeit“* wird dargelegt, wie das durch Maßnahmen zur Ressourcenschonung, zum Klimaschutz, zur Nutzung erneuerbarer Energien, Verringerung der Flächeninanspruchnahme, Erhaltung der Artenvielfalt, Verringerung der Staatsverschuldung, durch wirtschaftliche Zukunftsvorsorge, Förderung von technischen und sozialen Innovationen und durch Bildung und Forschung zu erreichen ist.

Unter der Überschrift *„Lebensqualität“* werden detaillierte Angaben zur Förderung von wirtschaftlichem Wohlstand, umweltfreundlicher Mobilität, gesunder Ernährung, zur Verbesserung der Luftqualität, der Gesundheit und zur Verringerung von Kriminalität gemacht. Zum Thema *„Sozialer Zusammenhalt“* enthalten die *„Perspektiven für Deutschland“* wichtige Maßnahmenbündel für mehr Beschäftigung, zur Förderung und Unterstützung von Familien und Jugendlichen, zur Verbesserung von Gleichberechtigung und zur Integration der ausländischen Mitbürger. Im Hinblick auf die Wahrnehmung von *„Internationaler Verantwortung“* enthält das Programm für die Nationale Nachhaltigkeitsstrategie klare Aufträge zur Entwicklungszusammenarbeit und gleichberechtigten Öffnung der Märkte zwischen Deutschland und der Dritten Welt.

Für eine offensive Wirtschafts-, Innovations-, Beschäftigungs- und Sozialpolitik sind richtungsweisende Ziele, Handlungsfelder und Maßnahmen, teilweise sogar quantifiziert, beschrieben.

Im einzelnen werden folgende Ziele benannt:

**Indikatoren und Ziele der Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie (Die Bundesregierung 2004)**

		<b>INDIKATOR</b>	<b>ZIEL</b>
<i>Generationengerechtigkeit</i>			
1	<b>Ressourcenschonung</b>	Energieproduktivität Rohstoffproduktivität	Verdopplung bis 2020 Verdopplung bis 2020
2	<b>Klimaschutz</b>	Verminderung der Treibhausgasemissionen	Reduktion um 21% bis 2008/2010
3	<b>Erneuerbare Energien</b>	Anteile erneuerbarer Energien am Energieverbrauch	4,2% bis 2010 am Primärenergieverbrauch 12,5% bis 2010, 20% bis 2020 am Stromverbrauch
4	<b>Flächeninanspruchnahme</b>	Zunahme der Siedlungs- und Verkehrsfläche	Reduzierung des täglichen Wachstums auf 30 ha in 2020 (von z.Zt. 130 ha)
5	<b>Artenvielfalt</b>	Bestand ausgewählter Vogelarten als Indikator für die Artenvielfalt	Stabilisierung auf hohem Niveau in 2015
6	<b>Staatsverschuldung</b>	Staatsdefizit	Konsolidierung des Staatshaushalts
7	<b>Wirtschaftliche Zukunftsvorsorge</b>	Verhältnis der Bruttoanlageninvestitionen zum Bruttoinlandsprodukt	Steigerung der Innovationsdynamik
8	<b>Innovation</b>	Private und öffentliche Ausgaben für Forschung und Entwicklung	Steigerung der FuE-Ausgaben auf 3% des BIP in 2010
9	<b>Bildung</b>	Ausbildungssituation der 25-Jährigen  Studienanfängerquoten	- Anteil mit abgeschlossener Hochschulausbildung verbessern: 10% in 2010, 20% in 2020 - Anteil ohne Sekundarabschluss: 9,3% in 2010 und 4,6% in 2020 - Erhöhung auf 40% in 2010
<i>Lebensqualität</i>			
10	<b>Wirtschaftlicher Wohlstand</b>	Bruttoinlandsprodukt je Einwohner	Wirtschaftliches Wachstum

11	<b>Mobilität</b>	Transportintensitäten von Personen- und Güterverkehr	- Personenverkehr: Sinken auf 90% gegenüber 1999 bis 2010, 80% bis 2020 - Güterverkehr: Sinken auf 98% gegenüber 1999 bis 2010, 95% bis 2020
12	<b>Ernährung</b>	Stickstoff-Bilanzüberschüsse der Landwirtschaft Entwicklung der Anbaufläche des ökologischen Landbaus	80 kg Austrag/ha Landwirtschaftsfläche bis 2010 Anteil an der Landwirtschaftsfläche: 20% bis 2010
13	<b>Luftqualität</b>	Schadstoffbelastung der Luft	Verringerung auf 30% gegenüber 1990
14	<b>Gesundheit</b>	Vorzeitige Sterblichkeit (Todesfälle unter 65 Jahren) Zufriedenheit mit der Gesundheit (Meinungsumfrage)	Rückgang Stabilisierung auf hohem Niveau
15	<b>Kriminalität</b>	Wohnungseinbruchsdiebstahl	Rückgang der Fälle auf 117Tsd.
<b>Sozialer Zusammenhalt</b>			
16	<b>Beschäftigung</b>	Erwerbstätigenquote	Anteil 70% in 2010
17	<b>Perspektiven für Familien</b>	Ganztagsbetreuungsangebote für Kinder in den alten Bundesländern	Anteil von 30% in verschiedenen Altersgruppen
18	<b>Gleichberechtigung</b>	Durchschnittlicher Lohn der Frauen in % des durchschnittlichen Lohnes der Männer	85% in 2015 (alte Bundesländer)
19	<b>Integration von Zuwanderinnen und Zuwanderern</b>	Ausländische SchulabgängerInnen ohne Hauptschulabschluß	Rückgang
<b>Globale Verantwortung</b>			
20	<b>Entwicklungszusammenarbeit</b>	Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit	Anteil EZ am BSP: 0,33% in 2006
21	<b>Märkte öffnen</b>	Einführen der EU aus Entwicklungsländern	Anstieg

In den konkreten Regierungsprogrammen und in der Agenda 2010 sucht man diese Vorgaben vergebens. Ähnlich verhält es sich wiederum mit den Koalitionsvereinbarungen von CDU, CSU und SPD vom 11. November 2005 zur Bildung der Großen Koalition.

Statt eines Fazits sollen deshalb hier noch einige *Beispiele für Nachhaltigkeitsperspektiven*, die man in den Regierungsprogrammen vergebens sucht, angeführt werden. So wie nachfolgend für die Politikbereiche Finanzen, Wirtschaft, Verkehr/Mobilität und Landwirtschaft exemplarisch dargestellt, geht es beim Konzept der Nachhaltigen Entwicklung insgesamt um ein grundlegend neues Politikverständnis und um ein neues Zukunftsmodell.

#### Finanzpolitik:

- Weiterentwicklung der überaus erfolgreichen Ökosteuer zu einer umfassenden Sozial-ökologischen Finanzreform;
- Abbau aller sozial und ökologisch schädlichen Subventionen wie Kohlesubventionen, Steuerbefreiung für Flugbenzin, Steuerprivilegien für energieintensive Wirtschaftsbranchen und den Einsatz von Erdöl in der Grundstoffchemie, Steuerprivilegien für diese Fondsmodelle in der Immobilienwirtschaft, im Schiffsbau und zahlreichen anderen Branchen.

#### Wirtschaftspolitik:

- Unterstützung und Förderung der Kreislaufwirtschaft: Produkt-, Material-, Hilfsstoff-, Wasserkreisläufe; Wieder- und Weiterverwendung von Produkten oder Teilprodukten; Wieder- und Weiterverwertung von Wertstoffen, Entwicklung ökologischer Produkte und Dienstleistungen;
- Förderung des innovativen, ökologischen und solaren Bauens
- Unterstützung neuer Logistik-Systeme: Produktions-, Organisations-, Marketing-, Distributions- und Verkehrslogistik;
- Einsatz von Energieeffizienz-Systemen, regenerativen Energien und neuen Energie-Speichertechnologien in Produktion, Verkehr, Wohn-, Büro- und Gewerbebauten, Infrastruktur, öffentlichen Einrichtungen etc.

#### Verkehr und Mobilität:

- Verpflichtung der Automobilindustrie zum 2-Liter-Auto und zur 5-Liter-Fahrzeugflotte sowie zum unverzüglichen Einsatz von Diesel-Rußfiltern in alle Dieselfahrzeuge (Pkw und Lkw)
- Verlagerung von 30% der Güter von der Straße auf die Schiene und die Wasserwege bis zum Jahr 2020;
- Schaffung von Anreizen für Schnittstellen-Technologien zwischen den Verkehrssystemen Straße, Schiene, Flug, Wasserstraßen und Telematik.

#### Landwirtschaft:

- Förderung des ökologischen Landbaus: bis 2015 sollten 20% der Anbaufläche ökologisch bewirtschaftet werden;
- Schaffung von Anreizen für die Zukunftsfähigkeit der Landwirte als Natur-, Umwelt- und Landschaftspfleger, als Energie- und Rohstoffwirte, als Tourismus-Manager eines sanften Tourismus;
- Schaffung von Ausbildungsvoraussetzungen für Landwirte als Dienstleister, Betriebswirte, Kultur- und Traditionspfleger sowie als Nutzer von Telekommunikationssystemen (Telearbeit, Selbständigkeit im Netz, Telelearning, Telemobilität etc.).

Auch für alle anderen politischen Handlungsbereiche lassen sich Nachhaltigkeitsperspektiven und geeignete Strategien und Maßnahmen vorgeben und prinzipiell auch umsetzen. Ein besonders wichtiges Feld betrifft die Förderung innovativer und kreativer Dienstleistungen. Vor allem in den Bereichen produktionsnahe Dienstleistungen, Bildungs-, Gesundheits-, Kultur- und Freizeit-, Tourismus-, Haushalts-, Wohn- und personenbezogene Dienstleistungen, aber auch auf den Feldern Finanz-, Beratungs-, Vertriebs- und Sicherheitsdienstleistungen sind in Deutschland gravierende Defizite zu verzeichnen. Sie können und sollten im Zuge der Transformation der Industrie- zur Dienstleistungs-, Informations- und Wissenschaftsgesellschaft gefördert und zum wichtigsten Schlüssel zur Lösung der Kernprobleme des 21. Jahrhunderts im Sinne einer nachhaltig zukunftsfähigen Entwicklung werden. Vor diesem Hintergrund und bei Ausschöpfung unserer wissenschaftlich-technologischen sowie unserer menschlichen Ressourcen wird das Jammern in Deutschland über die fehlenden Arbeitsplätze und nie mehr zu schaffende Vollbeschäftigung zu einem Märchen von der knappen Arbeit und einer Bankrotterklärung von Politik und Wirtschaft.

## 4 Literatur

CDU, CSU und SPD (2005): Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD vom 11.11.2005 „Gemeinsam für Deutschland – mit Mut und Menschlichkeit“

Die Bundesregierung (2002): Perspektiven für Deutschland – Nachhaltigkeitsstrategie für Deutschland, Berlin/Baden-Baden

Die Bundesregierung (2004): Fortschrittsbericht 2004, Berlin/Baden-Baden

Die Bundesregierung (2005): Wegweiser Nachhaltigkeit 2005 – Bilanz und Perspektiven der Nachhaltigkeitsstrategie für Deutschland; Koalitionsbeschluß vom 10.8.2005, Berlin

Kreibich, Rolf (1986): Die Wissenschaftsgesellschaft – von Galilei zur High-Tech-Revolution

Kreibich, Rolf (Hrsg., 1996): Nachhaltige Entwicklung – Leitbild für die Zukunft von Wirtschaft und Gesellschaft, Weinheim/Basel

Kreibich, Rolf (2002), Schlaffer, Alexandra; Trapp, Christian: Zukunftsforschung in Unternehmen. Eine Studie zur Organisation von Zukunftswissen und Zukunftsgestaltung in deutschen Unternehmen, SFZ-Werkstattbericht Nr. 33, Gelsenkirchen

Rat für Nachhaltige Entwicklung (2003): Ziele zur Nachhaltigen Entwicklung in Deutschland, Berlin